

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

es sind **verheerende Bilder der Flutkatastrophe**, die uns in den vergangenen Tagen aus Deutschland erreicht haben: die Auswirkungen der Unwetter unter anderem in Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen könnten schlimmer nicht sein: Orte sind überflutet, sie wurden vom Stromnetz abgeschnitten und ganze Häuser weggespült. **Die Menschen kämpfen um ihr Hab und Gut – viele werden zwischenzeitlich vermisst.**



So stieg die Zahl der Todesfälle nach den schweren Unwettern Ende der Woche von Stunde zu Stunde – bei Redaktionsschluss dieses Newsletters war das ganze Ausmaß der Katastrophe noch immer nicht absehbar. **Wir sind in Gedanken bei den Opfern und trauern mit den Betroffenen und ihren Angehörigen!**

Das alles zeigt uns sehr deutlich: Auch der Freistaat muss schneller in wirksame Hochwasserschutzmaßnahmen investieren. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben den Weg für mehr Hochwasserschutz in Bayern bereits freigemacht und fordern, dass das Kabinett dem Flutpolderkonzept von Umweltminister Thorsten Glauber rasch zustimmt. **So kann der Schutz von über 120.000 Menschen mittels Flutpoldern verbessert werden.**

Dafür benötigen wir eine schnelle Entscheidung, denn das nächste Hochwasser kommt bestimmt – gerade in Zeiten des Klimawandels. Und jeder Zentimeter zählt. **Auch der Ministerpräsident steht in der Verantwortung: Er persönlich hat die Entscheidung für mehr Hochwasserschutz in Bayern unnötig verzögert.** Die CSU hat mit ihrer Blockadehaltung eine Lösung gerade an der Donau viel zu lange verschleppt.

# Rückblick

## Stärkung von Sozialunternehmen

Im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie wurde am 15. Juli unser Antrag „**Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen**“ verhandelt. Unter der Voraussetzung, dass Social Entrepreneurship rechtssicher von gewerblichen Unternehmen unterschieden und reglementiert werden kann, ergeben sich aus unserer Sicht verschiedene Handlungsbedarfe. So wollen wir prüfen, ob Gründerinnen und Gründer von Sozialunternehmen **einer spezifischen Förderung bedürfen und für die Skalierbarkeit ihrer Angebote sowie ihr Wachstum besondere Rahmenbedingungen benötigen**. Denn Ziel dieser Betriebe ist es, **den Spagat zwischen ökonomischem Denken und sozialem Mehrwert zu schaffen**. Sie streben mit ihrer Geschäftsidee nicht in erster Linie Gewinnmaximierung an, sondern die Lösung eines gesellschaftlichen Problems. **Dabei wollen wir sie bestmöglich unterstützen**.

**Sozialunternehmen können zur Bewältigung zahlreicher gesellschaftlicher Herausforderungen**

**beitragen**, indem sie mittels kommerzieller Methoden innovative Lösungsansätze verfolgen. Dabei kann es

sowohl um soziale als auch ökologische Fragestellungen gehen. Hierzu zählen beispielsweise demografischer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration, stabile Demokratie, aber auch Klimawandel, Landwirtschaft und Heimatförderung. **Daher liegt es uns sehr am Herzen, diese Betriebe optimal zu fördern**. Denn die Unterstützung sozialen Unternehmertums ist im Vertrag der Bayernkoalition ausdrücklich vereinbart.



## G9 weiterentwickeln – gymnasiale Vielfalt erhalten

Der Elternbeirat des MGF Gymnasium Kulmbach hat eine Petition zur „**Sicherung des musischen Zweiges in der neuen Oberstufe des G9 an (teil-)musischen Gymnasien**“ in den Bayerischen Landtag eingebracht. Doch für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion stand die Vielfältigkeit der gymnasialen Oberstufe ohnehin nie zur Disposition: **Wir bekennen uns ausdrücklich und unverrückbar zum musischen Gymnasium und der gesamten gymnasialen Vielfalt als wertvollem Baustein der bayerischen Bildungslandschaft.**

### Unsere musischen Gymnasien

sind das hohe C der gymnasialen Bildung, eine unverzichtbare Tonart für den Kulturstandort Bayern.

Tobias Gotthardt,  
bildungspolitischer Sprecher der  
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion



Das gilt auch für die Ende 2019 in Eckpunkten vorgestellte, neue Qualifikationsphase der Oberstufe. Der musische Zweig steht in keiner Weise zur Diskussion. **Unsere musischen Gymnasien sind das hohe C der gymnasialen Bildung, eine unverzichtbare Tonart für den Kulturstandort Bayern.**

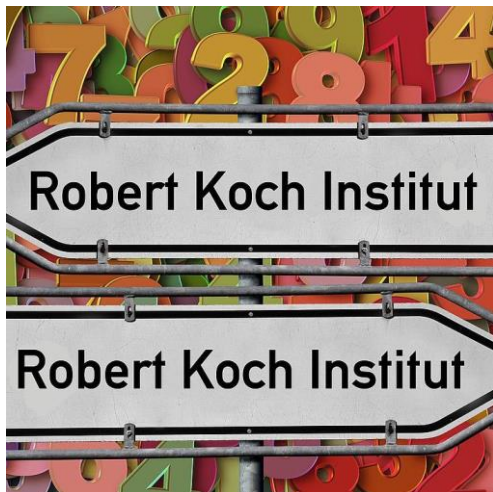
**Es gibt keinerlei Anlass, aktuell von einer Verschlechterung der Situation im Stundenbudget auszugehen.** Im Gegenteil: **Durch die Fortführung der bewährten Gestaltungsfreiheit an den Schulen geben wir dem musischen Gymnasium bayernweit größtmöglichen Raum zum lokalen Profil.** Dazu gehört auch weiterhin und bewusst die Möglichkeit zur Bildung von Leistungsfächern ohne zentral vorgeschriebene Mindestgruppengrößen. Die Fortentwicklung des G9 in seiner gymnasialen Vielfalt begleiten wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER politisch und in entsprechenden Plenarinitiativen proaktiv. **Wir verstehen uns als Denkfabrik für beste Bildung.** Anknüpfend an seit Monaten laufende, eingehende Beratungen in den zuständigen Arbeitskreisen starten wir noch diesen Sommer, rechtzeitig vor weiteren Weichenstellungen, **eine Dialogphase zur Zukunft der gymnasialen Vielfalt in Bayern.** Dazu zählt auch ein **Runder Tisch zur künftigen, besseren Profilierung der musischen Gymnasien in Bayern.**

## Einbezug der Regionen in Europa stärken – Ideen und Reformen fördern

Am 14. Juli wurde im Europaausschuss unser Antrag zur **Rolle der Regionen in der „Konferenz zur Zukunft Europas“** verhandelt. Wir stehen für ein bürgernahes Europa, das liefert, was es verspricht. Nichts

anderes erwarten wir daher von der Konferenz zur Zukunft Europas. **Sie darf keinesfalls nur ein gemütliches Kaffeekränzchen sein, sondern muss zur konsequenten, mutigen Ideenfabrik werden, die Reformen wagt.** Bislang bleibt allerdings noch viel Luft nach oben. Klar ist: Generiert die Versammlung keine konkreten Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge, ist der drohende Schaden durch Vertrauensverlust beim Bürger absehbar. **Insbesondere die Regionen brauchen zukünftig eine noch stärkere Stimme in Europa.** Denn niemand ist näher an der Umsetzung europäischer Gesetzgebung als Länder und Kommunen. Wir sehen uns als aktiver und konstruktiver Teil einer „Allianz der Regionen für europäische Demokratie“. Dies haben wir über unseren Antrag nochmal deutlich zum Ausdruck gebracht. **Der Landtag muss und wird dabei eine zentrale Rolle spielen.**

## Inzidenzwert als „Mutter aller Zahlen“? Hat ausgedient!



Das Robert-Koch-Institut hat am vergangenen Montag bekanntgegeben, dass es **neben der Inzidenz weitere Faktoren als Basis für die Entscheidung über Pandemie-Schutzmaßnahmen** einbeziehen möchte. Wir freuen uns sehr über diese Corona-Wende! Denn seit mehr als einem Jahr fordern wir, bei der Bekämpfung des Coronavirus nicht allein auf den Inzidenzwert zu setzen. **Vielmehr gilt es, Schutzmaßnahmen an der pandemischen Gesamtlage auszurichten.** Die frühere „Mutter aller Zahlen“ verliert wegen fortschreitender Durchimpfung der Bevölkerung, besseren Schutzes der Risikogruppen und geringerer Häufigkeit schwerer Verläufe oder gar Todesfällen an Aussagekraft. **Deshalb plädieren wir für das Konzept einer gewichteten Risikoinzidenz. Sie muss die Hospitalisierung, insbesondere die Auslastung der Intensivbetten, aber auch Durchimpfung, R-Wert und Positivrate der durchgeführten Tests berücksichtigen.** Gut, dass dies nun auch vom renommierten RKI so gesehen wird. Die Bundesregierung sollte dessen neue Empfehlung so rasch wie möglich umsetzen. Zu dem Erfolg, den wir klar für uns verbuchen können, äußert sich unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl [in seinem Videopodcast](#).

## Windenergie ausbauen – alle Potenziale nutzen!

Eine erfolgreiche Klimawende bedarf des zügigen Ausbaus regenerativer Energien – auch in Bayern. Insbesondere Windkraft ist ein Baustein für den Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie. Beim geplanten Neubau von Windrädern stoßen Kommunen im Freistaat jedoch vielfach auf Hürden. Wie selbst gesteckte Klimaziele in den oberbayerischen Landkreisen dennoch mit Hilfe der Windenergie erreicht werden können, war kürzlich Thema eines Gedankenaustauschs im Mammendorfer Rathaus.



Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion trafen sich mit dem ersten Bürgermeister von Mammendorf, Josef Heckl, und weiteren Windkraftexperten aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck. Man war sich

einig: **Die Windkraft in der Region muss weiter ausgebaut werden, wenn die oberbayerischen Landkreise, speziell der Landkreis Fürstenfeldbruck, seine selbst gesteckten Klimaziele erreichen möchte. Spätestens bei den Verhandlungen zu einem neuen Koalitionsvertrag wird deshalb die 10H-Regel ein wichtiges Thema sein.** Wer einen effektiveren Klimaschutz fordert, muss auch über den Ausbau der Windkraft und eine Anpassung von 10H nachdenken. Daneben gibt es weitere Hürden bei der Planung eines neuen Windkrafttrades. Auch Denkmalschutz, Windkrafterlass und der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB) machen die Planung aufwendig – sie bleibt jedoch umsetzbar.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass Bürgermeister ernsthaft zum Ausbau der Windkraft stehen – auch jene der betroffenen Nachbargemeinden. **Jede Kommune kann mit der Planung und unabhängig von 10H beginnen – sofern sie über einen passenden Standort verfügt.** Nach der Standortauswahl muss grundsätzlich ein Beschluss des Gemeinderates erfolgen und ein Investor gefunden werden. Im nächsten Schritt ist mit den Grundstückseigentümern die Bereitschaft zu Verkauf oder Verpachtung zu klären. Dann können Themen wie Drehfunkfeuer, Denkmalschutz und naturrechtliche Belange gemeinsam mit der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes angegangen werden. Erst danach kommt die 10H-Regel ins Spiel. **Wir fordern daher alle Kommunalpolitiker im Freistaat auf, sich von 10H nicht abschrecken zu lassen, sondern**



**mutig mit Planungen zu beginnen.** Wir stehen laufend im Kontakt mit Wirtschaftsminister Aiwanger und Umweltminister Glauber, um im Bereich der Windkraft Verbesserungen zu erzielen. **So ist es unserem Wirtschaftsminister im Rahmen der EEG-Novelle gelungen, im Bund eine Beteiligung der Kommunen an der Einspeisevergütung von 0,2 Cent je kWh durchzusetzen.**

## **Wir fordern: Technologieoffenheit statt Fixierung auf Elektromobilität**

Die EU-Kommission hat am vergangenen Mittwoch ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm vorgelegt: **Mit „Fit for 55“ will die Europäische Union bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 mindestens 55 Prozent CO<sub>2</sub>-Treibhausgase einsparen.**

Grundsätzlich ist dieses Vorhaben zu begrüßen. Es gilt allerdings, die hierfür vorgesehenen Maßnahmen zu diskutieren. Um dieses Ziel zu erreichen, will die EU die Zulassung von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 verbieten. Dieses rigide Vorgehen und die Fokussierung auf einen strikt festgelegten Zeitpunkt empfinden wir als äußerst problematisch. Wir haben uns im Bayerischen Landtag stets für eine umfassende Technologieoffenheit ausgesprochen. **Mit ihrem geplanten Verbot von Verbrennungsautos zwingt die EU-Kommission die Industrie mit Gewalt auf einen von ihr vorgeschriebenen Weg – und das ohne großen zeitlichen Spielraum.** CO<sub>2</sub>-neutrale Flüssigkraftstoffe und Wasserstoff finden dabei keinerlei Berücksichtigung, obwohl diese ebenfalls wichtige Treibstoffe sind. Dies beschneidet internationale Marktchancen gerade des Automobilstandorts Bayern. Um eine Fokussierung auf den batterieelektrischen Antrieb überhaupt erst zu ermöglichen, fordern wir zunächst **einen parallel laufenden, flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur.** Wir müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern und darüber hinaus über einen verlässlichen Zugang zu Ladestationen verfügen. Erst dann können wir uns der Elektromobilität verstärkt zuwenden.



## Startschuss für grüne Wasserstoffherzeugung

Im Sommer 2022 ist es soweit: Eine der größten grünen Wasserstoffherzeugungsanlagen in Deutschland wird in Wunsiedel ihren Betrieb aufnehmen. Am 9. Juli wurde der Spatenstich mit unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Umweltminister Thorsten Glauber gesetzt. Wie viele Tonnen an CO<sub>2</sub> jährlich durch den Einsatz des dort hergestellten Wasserstoffs in Verkehr und Industrie vermieden werden können, erfahren Sie in [dem Facebook-Beitrag des bayerischen Umweltministeriums](#).



**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!**

### Impressum

---

Bürgerbüro Roland Weigert, MdL  
Münchener Str. 24 | 86633 Neuburg a.d. Donau  
Tel. 08431-6463270 | [buengerbuero@weigert-mdl.de](mailto:buengerbuero@weigert-mdl.de)